

Amer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Besondere entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeigen der Besondere entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 23.

Telegramme: Cagediast Anzeigergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 210

Sonntag, den 8. September 1929

24 Jahrgang

Die Politik der Woche

Völkervereinigung — Nationaler Plan — Französische Politik auf Kosten — Unsere Auslandsdeutschen

Die Septembertagung des Völkervereins hat begonnen. Die politische Welt wußte ja, daß der englische Ministerpräsident für das britische Weltreich tritt, das im Begriffe steht, sich mit dem anderen englisch sprechenden Völkern jenseits des Atlantischen Ozeans politisch zu verständigen. Briand ist keineswegs allein der Sprecher Frankreichs, sondern auch der Wortführer der Kleinen Entente und der übrigen europäischen Länder, die mit Frankreich militärische und politische Bündnisse abgeschlossen und deren Politik von Paris aus wesentlich beeinflusst wird. Dr. Stresemann schließlich ist der Wortführer aller unterdrückten Völker, vornehmlich des deutschen Volkes, das um seinen Wiederaufstieg kämpft und um die volle Souveränität seines Reiches. Sieht man tiefer hin, so verliert der französische Ministerpräsident Briand das reaktionäre Prinzip des Festhaltens an den Friedensverträgen, die am Ende des Weltkrieges stehen, während Dr. Stresemann die Prinzipien des Fortschrittes und der Freiheit verkündet. Kein Wunder, daß er mit ihnen gerade bei den Amerikanern Verständnis und Beifall findet.

Der englische Außenminister MacDonald verlangte gleich in seiner ersten Rede den baldigen Zusammentritt der Abrüstungskonferenz des Völkervereins, den Ausbau des Kellogg-Pakt, die Verbesserung des Minderheitenschutzes und eine zweckmäßigere Regelung der Wirtschaftspolitik. Während das Abrüstungsproblem dem konservativen Kabinett Baldwin völlig gleichgültig erschien, sein Außenminister Chamberlain und Lord Curzon ihm höchst nach der französischen Weise tangten, ist es MacDonald, dem Arbeiterführer, sehr ernst mit dieser Aufgabe. Dies beweist nichts deutlicher, als der ungeheure Fortschritt der Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit dem amerikanischen Vorgesandten Dawes. Beide Staatsmänner wollen in einem Vertrag, der zwanzig Punkte umfaßt, die Herabsetzung der See- und Luftschiffahrt, die Gleichheit zwischen den amerikanischen und der englischen Flotte festlegen. Sie haben sich bereits über 17 Punkte verständigt und hoffen über die drei Restpunkte in den nächsten Tagen eine Einigung zu erzielen. Die Genfer Völkervereinigung führt diese englisch-amerikanischen Verhandlungen keineswegs, denn sie werden in London und Washington energisch fortgesetzt. Von weltpolitischer Bedeutung ist die Ankündigung MacDonalds, daß Ägypten demnächst als Mitglied der Völkervereinigung beitreten wird. Damit tritt rein äußerlich das Land der Pyramiden an die Seite der britischen Dominien, staatspolitisch gesehen unternimmt es einen Riesenschritt zur Erreichung seiner Freiheit und Selbständigkeit.

Da der Nachbarschaft Ägyptens, in Palästina, wollen die Araber nicht aufhören. Die Zahl der Toten wächst immer noch täglich und die der Verwundeten geht hoch in die Hunderte. Es kann sehr wohl sein, daß die Palästina-Erklärung, die den Zionisten den Judenstaat im gelobten Lande verspricht, letztlich zu der arabischen Erhebung in Palästina führt. Die islamitischen Zusammenhänge traten bei der Bewegung der Beduinenstämme in Transjordanien und der Araber, vornehmlich der Drusen in Syrien, deutlich in Erscheinung. Das Problem Zion und England ist in ganz Vorderasien brennend geworden, denn die mohammedanische Bevölkerung Afrikas und Asiens verfolgt sämtliche Maßnahmen Englands mit innerer Anteilnahme und nicht zu unterschätzender Kritik. Das kann England nicht gleichgültig sein, da in den von ihm beherrschten Ländern Millionen von Mohammedanern wohnen, die für die englische Regierung und Verwaltung recht ungemütlich werden könnten. Viel zu wenig gewürdigt wurde die Hilfeleistung, die von den Franzosen in Syrien dadurch gewährt wurde, daß das französische Militär die Grenzen Syriens gegen Palästina nahezu hermetisch abschloß. Trotz der Verstimmung der französischen Presse über das Auftreten Snowden im Haag, erfolgte im Raben Osten eine enge englisch-französische Zusammenarbeit.

Während andere Diplomaten in der heißen Sommerzeit sich in den Bädern gütlich tun und sich für kommende Arbeiten stärken, verbinden die Franzosen das Angenehme mit dem Nützlichen. So machte Perrot die diesjährige Sommerreise nach Griechenland, wofür er glänzend empfangen wurde. Selbstverständlich hatte er, der große französische Kulturpolitiker, für die griechischen Altertümer größtes Interesse, doch waren auch seine politischen Einbrüche unvergessen. In der Adschioslowatei erholte sich Marschall Pétain, indem er an den Herbstmanövern der tschechischen Armee teilnahm. Bei diesem Anlaß wurden auch mehrere Städte besucht, verschiedene Banette mit schönen Reden gehalten und blendende Toaste ausgesprochen. Die französische Regierung, erklärte Marschall Pétain in Kofice, „hat mich hierhergeschickt, um ihnen zu sagen, daß Frankreich auch in der Zukunft, wenn es nötig sein sollte, an Ihrer Seite sein wird.“ Das genügt.

Sehr verdächtig sind die Franzosen über das Erscheinen des ehemaligen Autonomieführers, Professor Rossi-Kolmar, auf dem deutschen Katholikentag zu Freiburg im Breisgau. Nachdem als Vertreter der französischen Katholiken der Pariser Abbé Fiori gesprochen hatte, meldete sich als Sprecher der Nachbarprovinz Badens, des Elsas, Professor Rossi zu Wort und hielt eine wohlwollende Rede, über die jetzt die Franzosen völlig aus dem Häuschen geraten sind. Besonders empört sind die National-Katholiken, die unter Führung Dr. Oberkirchs sich Poincaré verschrieben und die Elsas-Politik der Pariser Regierung unterstützen. Diese nehmen besonders daran Anstoß, daß die Auslandsdeutschen zu der Freiburger Tagung eingeladen waren, um darzutun, daß sie ein Abbild der großen deutschen Kulturgemeinschaft zwischen Heimat und Auslandsdeutschtum sind. Den Schmerz der französischen Chauvinisten aller Kategorien können wir sehr wohl nachfühlen, er läßt uns aber oblig sein.

Die Bomben-Seuche

Ein neuer Bombenfund

Im Postamt D 27 in Berlin

Bei der Prüfung des Schaltervorraum und seiner Zugänge fand gestern früh ein Beamter des Postamts D 27 in der Magazinstrasse am Alexanderplatz in Berlin in einem Korridor eine Blechbüchse, die 28 Pistolenpatronen (drei Millimeter) und etwa ein halbes Pfund Holzstaub, mit Papierstücken bedeckt, enthielt. Aus dem Ganzen ragte eine Spiralfeder heraus. Es ist nicht versucht worden, das Papier anzuzünden. Der Täter wurde anscheinend gestört. Nach Angabe von Sachverständigen, die den Inhalt der Büchse untersucht haben, hat der Täter vermutlich nur die Absicht gehabt, Unruhe zu stiften.

Der Selbstbezüglicher geisteskrank!

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Frankfurt am Main: Gegen den Kaufmann Joseph Hepp, der, wie wir berichteten, angab, das Bombentatentat am Reichstagsgebäude in Berlin ausgeführt zu haben, machen sich jetzt immer stärkere Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit und an seinem Geisteszustand bemerkbar. Hepp war bereits einmal in einer Irrenanstalt. Das preussische Innenministerium hat das Frankfurter Gericht telegraphisch ersucht, Hepp sofort nach Berlin zu verbringen. Hepp behauptete bei seiner Vernehmung, daß er sich zu dem Attentat verhalten ließ, weil ihm eine große Summe von mehreren Hunderttausend RM verprochen worden sei. Mit den Attentaten in Norddeutschland habe er nichts zu tun.

Zwei Bombenhersteller

In einer großen Konferenz, die am Donnerstag nachmittag zwischen den Kommissaren der Berliner politischen Polizei und den Sachverständigen der Demotechnischen Anstalt stattfand, wurde die Beschaffenheit der verschiedenen Bomben und ihre Herstellung besprochen. Während sich zweifellos feststellt, daß alle bisher bei den Attentaten verwandten Bomben aus genau den gleichen Materialien bestehen, hat dem „Tempo“ zufolge die genaue Prüfung ergeben, daß mit der Zusammenstellung der einzelnen Teile offenbar zwei Werkstätten beschäftigt sind.

In der einen wurden die Bomben von Oldenburg und dem Berliner Attentat zusammengestellt, in

der anderen die Sprengkörper von den früheren Attentaten in Lüneburg, Schleswig und Holstein. Die Bombe, die in der vorletzten Nacht in Lüneburg zur Explosion gebracht worden ist, gleicht, wie die erste Untersuchung ergeben hat, vollständig der in Berlin verwandten.

Um den Fabrikanten der Uhr zu ermitteln, die in der Bombe eingebaut ist, wird das Fachorgan des Uhrmacherverbandes einen Aufkauf erlassen.

Verdächtige Motorradfahrer

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Der Anschlag auf das Regierungsgebäude in Lüneburg ist allem Anschein nach von den gleichen Personen begangen, denen die früheren Attentate zur Last zu legen sind. Die bisherigen Feststellungen lenken den Verdacht auf einen Motorradfahrer, der sich in der Attentatsnacht (vom 5. zum 6. September) um etwa 3/4 Uhr bei Artlenburg hat aber die Uebe setzen lassen, um — nach seinen Angaben — die Fahrt nach Soltau und Berlin fortzusetzen. Der Fahrer benutzte ein Motorrad mit Soziusplatz, Marke „Bambino“, mit dem Erkennungszeichen J. S. Von der fünfstelligen Zahl sollen die beiden ersten Ziffern „17...“ sein. Die Wahnehmungen sind deshalb beachtenswert, weil auch bei dem ersten Lüneburger Sprengstoffattentat am 1. August d. J. ein Motorradfahrer den Verdacht auf sich gelenkt hat.“

Der Schaden an dem Lüneburger Regierungsgebäude

Die Vorderwand des Regierungsgebäudes ist stark beschädigt. Das ganze Mauerwerk weist Risse und Sprünge auf. Die Pfeilerartige Seitenwand zum Torweg hat ebenfalls von unten bis oben einen durchgehenden Riß. Das Kellergewölbe ist vollkommen zerstört. Der Schaden war erst im einzelnen zu übersehen, nachdem der Altenthaufen fortgeräumt war. Ein großer Teil dieser Altenthaufen ist völlig zerfallen und so durcheinander geworfen, daß mehrere Beamte Monate zu tun haben werden, um auch nur einigermaßen wieder Ordnung zu schaffen. Es handelt sich in der Hauptsache um Eintragungen für das Wasserbuch und um teilweise sehr wertvolle alte Akten und Zeichnungen über die wasserrechtlichen Verhältnisse des Bezirkes, die urkundliche Bedeutung haben.

Gegen englische Kolonialpläne

Erklärungen des Reichsministers Dr. Stresemann zum Hilton-Young-Bericht

Das deutsche Ratsmitglied Dr. Stresemann gab in der gestrigen Nachmittagsitzung des Völkervereinrats bei Behandlung des Tätigkeitsberichts des Mandatsausschusses, in dem auch die Meinungsverschiedenheiten über den Hilton-Young-Bericht erwähnt sind, über die Frage einer Verwaltungsvereinigung der ostafrikanischen Kolonialgebiete Englands mit dem englischen Mandatsgebiet Tanganyika folgende Erklärung ab:

Es handelt sich zurzeit nur um ein unverbindliches Studium einer unabhängigen Kommission, und die britische Regierung hat sich, wie wir wissen, noch nicht darüber schlüssig gemacht, ob sie den Vorschlägen des Hilton-Young-Berichts Folge geben wird oder nicht. Trotzdem glaube ich, daß die Mandatskommission sich auf dem richtigen Wege befindet, wenn sie in einer grundsätzlichen Frage von einer solchen Bedeutung den ihr dankenswerter Weise von der britischen Regierung zugeleiteten Bericht im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit einer eingehenden Prüfung unterzieht. Es ist die Grundlage des ganzen Mandatsystems, daß die Mandatsgebiete selbständige internationale Einheiten sind, hinsichtlich deren die Mandatsmächte dem Völkerverein als dem Mandanten Rechenschaft schuldig sind. Unter diesem leitenden Grundsatze, der in der Völkervereinbarung selbst verankert ist, stehen alle Bestimmungen der Mandatsurkunde, und keine kann so ausgelegt werden, daß dieser oberste Grundsatze verletzt würde. Wenn daher auch nach der Tanganyika-Mandatsurkunde in verwaltungstechnischer Hinsicht eine gewisse Zusammenfassung mit benachbarten Gebieten möglich ist, so darf doch keine Verlesung in der Art stattfinden, daß das Weiterbestehen des Mandatsgebiets als selbständige politische Einheit und damit die ständige Überwachung der Ausführung des Mandats durch den Völkerverein in Frage gestellt wäre. Ich möchte mich zur Zeit auf diese kurzen Bemerkungen beschränken. Der akkreditierte Vertreter in der britischen Mandatskommission glaube persönlich annehmen zu können, daß diese sich auf ihrer Novembertagung nochmals mit der Angelegenheit befassen kann, ehe die britische Regierung zu entscheidenden Maßnahmen schreitet. Ich hoffe sehr, daß dies geschehen wird, und daß es der Zusammenarbeit zwischen der Mandatskommission und der Mandatsmacht gelingen wird, die Frage im Sinne der Völkervereinbarungen und des Mandatsgebietsens einigartig zu bereinigen.

Das italienische Ratsmitglied Scialoja brachte verschiedene Bedenken auch gegenüber einer rein verwaltungstechnischen Vereinigung der englischen Kolonien Kenia und Uganda mit dem britischen Mandatsgebiet Tanganyika vor. Das Mandatsgebiet sei viel größer als beide Kolonien zusammen, so daß also die Verwaltung eines sehr großen Gebiets an die des kleinen Kenia angegeschlossen würde. Es sei sehr fraglich, ob eine solche Maßnahme in den Rahmen des Mandats hineinpaße, auch wenn in Mandatsvertrag der Zusammenfassung benachbarter Kolonialverwaltungen zugelassen würde. Die englische Regierung sollte daher den Mandatsausschuß als das einzige Spezialorgan für alle Mandatsfragen über die Ausführbarkeit des Hilton-Young-Plans befragen.

Der englische Staatssekretär des Außenwesens Henderson gab hierauf die Zusicherung, daß, wenn die englische Regierung, die noch keine Entscheidung getroffen habe, einen Beschluß auf dem Boden des Hilton-Young-Plans fassen sollte, sie vor seiner Inkraftsetzung den Mandatsausschuß darüber befragen würde.

Die unumwundene gebliebene Erklärung des deutschen Ratsmitgliedes wie auch die Bemerkungen des italienischen Ratsmitgliedes und die Antwort des englischen Staatssekretärs des Außenwesens wurden ins Protokoll aufgenommen.

Briand macht Ernst

Sein Plan der Vereinigten Staaten von Europa

Der Genfer Berichterstatter des „Petit Parisien“ meldet übereinstimmend mit den Berichterstattern anderer Blätter, daß Briand für nächsten Montag oder Dienstag eine Zusammenkunft der Delegierten der in Genf vertretenen Staaten einberufen gedenke, damit ein Studienkomitee zur Prüfung der mit der Bildung der Wirtschaftsföderation der Staaten Europas zusammenhängenden Fragen eingesetzt werde. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ teilt darüber hinaus mit, daß, falls man sich auf einen wenn auch noch so bescheidenen Entwurf einigen könne, für Anfang 1931 eine reguläre Konferenz einberufen werden könne.